

Menschenrechtsstadt – vom Anspruch zur Wirklichkeit



Peter Florianschütz

Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für europäische und internationale Angelegenheiten, Sprecher für europäische und internationale Angelegenheiten der SPÖ Wien

„Wenn – und davon bin ich überzeugt – Politik ein langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich bedeutet“, wie Max Weber sagt, dann waren das Jahr 2015 und die Lage der Europäischen Union der Beweis dafür.

Das große Friedensprojekt eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechtes wurde in extremer Form auf die Probe gestellt. Einerseits durch den Umstand, dass eine große Anzahl von Flüchtlingen nach Europa geströmt ist, mehr noch aber durch die unterschiedlichen Herangehensweisen des Umgangs damit in den verschiedenen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union.

Vom gemeinsamen, solidarischen Bemühen war teilweise nichts zu bemerken, die Situation zeigte zum Teil Defizite und einen hohen Handlungsbedarf auf.

In Wien und Österreich kann man allerdings darauf stolz sein, wie die „Krise“ bewältigt wurde. In einem Kraftakt von staatlichen Stellen und der Zivilgesellschaft haben wir gemeinsam Großartiges zuwege gebracht!

Ohne Freude – die Flüchtlingsbewegung ist ja das Ergebnis entsetzlicher Ereignisse in den Herkunftsländern – und in realistischer Einschätzung hat Wien seine Rolle als europäische Metropole und als Menschenrechtsstadt bestätigt.

Die Ereignisse des Jahres 2015 und von Anfang 2016 zeigen, dass Wien mit seiner Politik der Weltoffenheit und Verständigung richtig liegt.

Es geht nunmehr darum, in der Stadt einen guten Umgang mit den Folgen der Flüchtlingsbewegung zu finden. Das ist die stadtinnenpolitische Herausforderung der nächsten Zeit.

Wien ist Mehr

Die europäische Politikkomponente von Wien – als im zentralen Bereich Europas gelegenes urbanes Zentrum – umfasst natürlich mehr als die ausschließliche Orientierung auf die Europäische Union an sich und sie wird von der Schwerpunktsetzung auf zentrale Themenfelder unserer Stadt geprägt.

Dabei ist das Wien-Haus in Brüssel eine wesentliche, wenn nicht unverzichtbare Einrichtung geworden, die große Beachtung findet

Die Bemühungen um die Donaauraum-Strategie, in der Wien eine bedeutende Rolle spielt, und die aktive Politik in Richtung Westbalkan sind wesentliche Standbeine bei der Umsetzung der Anliegen und Interessen der Stadt in Europa.

Wien ist zur Menschenrechtsstadt geworden und übt diese Rolle, nicht nur in der Flüchtlingsfrage, in allen Bereichen der Kommunalpolitik konsequent und aktiv aus.

Darüber hinaus ist Wien „eine starke Stimme in Europa“ und war durch unseren Bürgermeister Dr. Michael Häupl maßgeblich an der gleichnamigen Deklaration der Bürgermeister der EU-Hauptstädte beteiligt.

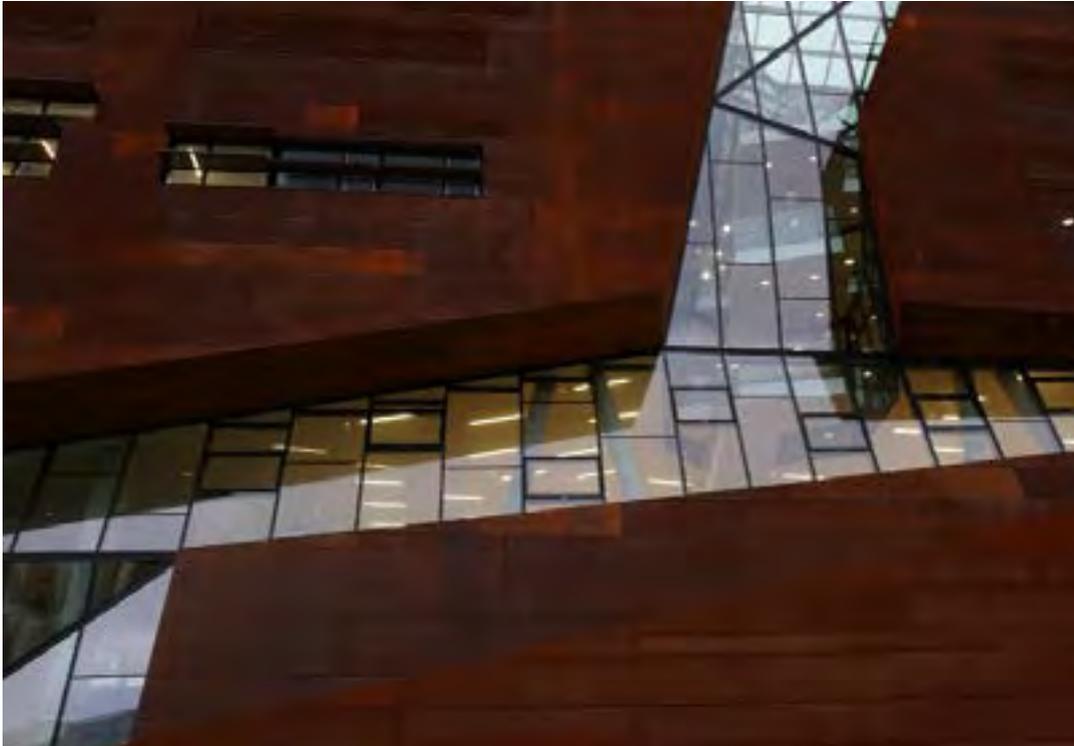
Grundsätzlich geht es um die Stärkung der Städte und Regionen, und dabei spielt Wien sowohl auf der Ebene des Ausschusses der Regionen der EU, des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, als auch beim Netzwerk EURO CITIES eine wesentliche Rolle.

Bei den Bereichen soziales Wohnen, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder der Sicherung des sozialen Friedens stehen wir in Europa an vorderster Stelle und darauf können wir stolz sein.

Die sozialdemokratische Leitlinie für Wien als eine weltoffene, sozial textierte und zivilisierte Stadt wird in der konkreten Politik Wiens konsequent umgesetzt.

Realistisch, mit Augenmaß, wie von Max Weber 1919 angedacht.

Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit Themen wie den Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Ich bin froh darüber, dass in Wien zum Teil



fraktionsübergreifend eine kritische Position zu diesen Instrumentarien des Neoliberalismus existiert.

Europa – ein Erfolg

Insgesamt kann bei allen Schwierigkeiten und trotz der permanenten Kritik das Europäische Projekt als Erfolg betrachtet werden.

Die Idee eines friedlichen, von Menschenrechten geprägten Kontinents, in dem die Menschen die positiven Lehren aus unserer Geschichte gezogen haben, existiert trotz gelegentlicher Rückschläge weiter.

Für die Sozialdemokratie ist das Ziel eines Europas der Menschen mit hohen sozialen Standards, mit Menschenrechten und Demokratie und mit dem friedlichen Zusammenleben der Völker nach wie vor die entscheidende Messgröße.

Das ist die Zukunft eines jungen selbstbewussten Europas, das eine wichtige Rolle in der Welt spielen kann und wird.

In diesem Zusammenhang bedanke ich mich auch bei allen MitarbeiterInnen der Stadt für die hervorragende Arbeit und Unterstützung der Tätigkeit unseres Ausschusses und die gute Vorarbeit und Vertretung in den diversen Gremien und Arbeitsgruppen.

Bei den anderen Fraktionen bedanke ich mich für die gute und überwiegend von Konsens getragene Zusammenarbeit im gemeinsamen Interesse für unsere Stadt.

Aus sozialdemokratischer Sicht geht es darum „mehr Europa zu wagen“, mehr Demokratie, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Engagement für die Menschenrechte. Damit wird Europa in und außerhalb der Europäischen Union zum Erfolgsmodell und Vorbild.

Gemeinsam wird uns das gelingen, davon bin ich zutiefst überzeugt!



Durch Europäische Solidarität aus der Krise



Birgit Meinhard-Schiebel
Europasprecherin der GRÜNEN
Wien, stellv. Vorsitzende des
Gemeinderatsausschusses für
europäische und internationale
Angelegenheiten

Das Jahr 2015 war bisher wohl das krisenhafteste in der Geschichte der Europäischen Union und dieselben Herausforderungen stellen sich auch 2016: Flucht vor Krieg und Verfolgung nach Europa, mangelnde gesamteuropäische Solidarität, die „Brexit“-Diskussion, autoritäre Tendenzen in mehr und mehr Ländern (inklusive Wahlerfolge rechtspopulistischer bis rechtsextremer Parteien), Terror, anhaltende Wirtschaftskrise – um nur einige zu nennen.

Viele der Krisenerscheinungen zeigen sich besonders in den Städten und hier wird auch um Lösungen gerungen. Ausdruck dessen ist u.a. das innerhalb der Union steigende Bewusstsein für die städtische Dimension. Die „Urban Agenda“ zielt auf eine Berücksichtigung der Interessen der Städte ab und führt Ende Mai 2016 zum „Pakt von Amsterdam“, mit dem Ziele und Vorhaben konkretisiert werden sollen.

Die Rolle Wiens

Wien spielt hier seit Jahren eine wichtige Rolle durch aktive Beteiligung in den internationalen Städtetzwerken und hat in Bereichen wie dem sozialen Wohnbau sogar die Themenführerschaft inne.

Die Zunahme an Flüchtlingen, die vor allem ab dem Frühjahr 2015 nach Wien kamen, konnte einerseits durch ein beeindruckendes Engagement der Zivilgesellschaft, andererseits durch Maßnahmen vom Wohn- bis zum Bildungsbereich in geordnete Bahnen gelenkt werden. Im rot-grünen Regierungsübereinkommen vom November 2015 wird festgehalten, dass Integration bereits ab dem ersten Tag der Ankunft erfolgen soll. Und Wien bekennt sich dazu, eine Stadt des Friedens und der internationalen Diplomatie zu sein – dazu gehört auch die wichtige Rolle der Entwicklungszusammenarbeit und der Flüchtlingshilfe in den betroffenen Ländern.

Schlüsselregion Westbalkan

Durch ihre Lage an einer der Hauptflüchtlingsrouten ist auch ins öffentliche Bewusstsein gedrungen, wie wichtig die Länder des Westbalkans für Europa sind. Es ist zu hoffen, dass ihre Integration in die EU weiter geführt wird – auch daran wird sich zeigen, ob die EU als Friedensprojekt überzeugen kann oder nicht.

Auf der Ebene der Grünen Rathausfraktion wird dies schon länger gesehen. Seit 2005 gibt es das damals von der nunmehrigen grünen Europaparlamentsabgeordneten Monika Vana mit-initiierte Projekt des alljährlichen „Central European Round Table“ (CERT) in Wien: Grüne und nahe stehende KommunalpolitikerInnen aus Mittel- und Südosteuropa treffen einander zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion europapolitischer Fragen. In den letzten beiden Jahren nahmen Gäste aus Tschechien, Ungarn und allen Ländern des ehemaligen Jugoslawien teil, darunter auch mehrere EP-Abgeordnete. Zu den behandelten Themen gehörten die nachhaltige Verwendung der Mittel aus den EU-Kohäsionsfonds, der Umgang mit zunehmend autoritärer werdenden Tendenzen in Ländern wie Ungarn, Serbien oder Mazedonien und das Thema „Flucht und Migration“, zu dem auch eine öffentliche Podiumsdiskussion stattfand. Die gemeinsame Diskussion über „best practices“, z.B. aus dem grün-rot regierten Budapester Bezirk Zugló oder aus den Städten Brünn und Prag, ist stets ein Fixpunkt.

Zentrifugale Tendenzen ...

Der Schlüssel für die Bewältigung der mehrfachen Krise der EU ist, ob es gelingt, dem Prinzip der Solidarität zum Durchbruch zu verhelfen.

Am Beginn der europäischen Einigung stand einerseits die Verständigung zwischen den „Erbfeinden“ Deutschland und Frankreich und die Integration Deutschlands, um einen neuerlichen Krieg ein für alle Mal zu verhindern, doch waren andererseits auch wirtschaftliche Interessen (Freihandel) Triebkräfte.

Letztere haben leider, auch durch den fatalen Siegeszug des Neoliberalismus, die Oberhand erhalten und führten dazu, dass heute ein großer Teil der Bevölkerung Griechenlands unter dem Spar- und Austeritätsskurs verarmt, dass Staaten

wie Polen oder Ungarn zwar EU-Fördergelder aber keine Flüchtlinge nehmen, dass sich Großbritannien die „Rosinen aus dem EU-Kuchen herauspicken“ will (keine Übernahme von europäischen Sozialstandards und ArbeitnehmerInnenrechten, aber unreguliertes grenzüberschreitendes Agieren des „Finanzplatzes“), dass Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA die Zukunft einer funktionierenden Daseinsvorsorge gefährden oder dass ein moralisch höchst bedenklicher Deal zur Flüchtlingsrücknahme die Türkei zum "sicheren Drittstaat" erklärt, obwohl dort die Menschenrechte massiv verletzt werden, die Pressefreiheit unterdrückt wird und bereits hunderte kurdische ZivilistInnen getötet wurden.

... oder Solidarität

Doch es gibt auch viele Anzeichen der Hoffnung. Hier nur einige wenige Beispiele:

- Von ATTAC gibt es die Initiative „TTIP-freie Gemeinden“, die vorschlägt, in Gemeinderäten Resolutionen gegen die Freihandelsabkommen zu verabschieden. In Österreich haben dies bereits über 330 Gemeinden getan, in der EU mehrere Tausend, besonders in Frankreich und Deutschland, aber auch in Ländern wie Spanien, Großbritannien, Belgien oder Italien gibt es Aktivitäten in diese Richtung.

Sollte es gelingen, dass TTIP tatsächlich von den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss, dann bestehen gute Chancen auf einen Stopp.

- Gegen die Austeritätspolitik wächst der Widerstand. Auch wenn sich die Syriza-Regierung in Griechenland letztlich nicht durchsetzen konnte

(inzwischen fordern allerdings sogar IWF-Kreise einen Schuldenschnitt!), so wird die Opposition in ganz Europa auf lokaler Ebene stärker – in Barcelona etwa gewann 2015 ein links-grün-zivilgesellschaftliches Bündnis die Gemeinderatswahlen, die neue Bürgermeisterin Ada Colau kommt aus der Bewegung gegen die der Wirtschaftskrise folgenden Zwangsdelegierungen.

- In Polen gehen zehntausende Menschen gegen die rechtskonservative Regierung und für die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie auf die Straße.
- Tausende Menschen helfen freiwillig und ehrenamtlich Flüchtlingen – und zwar nicht nur in Österreich, Deutschland und Schweden, sondern auch in Südosteuropa, wo dies oft noch schwieriger ist. Mehrere Dutzend NGOs aus Ländern des Westbalkans haben sich im März 2016 in einem offenen Brief gegen die Abschottung der Grenzen ausgesprochen.
- Bei der UN-Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris wurde immerhin der „Ernst der Lage“ erkannt und die EU bekannte sich zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40% gegenüber 1990. Eine Umsetzung wird auch am Engagement der Städte liegen.

Diese Beispiele zeigen, dass es möglich ist, der Entsolidarisierung, dem Rechtsruck und dem Rückfall in Nationalstaatsdenken Alternativen entgegen zu setzen.

Auch Wien soll und wird diesen „Weg der Hoffnung“ mitgehen.



Rückblick auf 2015 – noch schlimmer als erwartet!



Mag. Wolfgang Jung
Europasprecher der FPÖ
Wien, stv. Vorsitzender des
Gemeinderatsausschusses für
europäische und internationale
Angelegenheiten

Meine Befürchtungen im Bericht des Vorjahres wurden leider mehr als übertroffen und bei den Jubelrufern der anderen Fraktionen herrscht nun betretenes Schweigen. Die Klügeren unter ihnen nehmen jetzt Kurskorrekturen bis hin zur Kehrtwende vor und setzen Schritte, die früher noch, weil von uns gefordert, verteufelt wurden. Aber arbeiten wir die Kritikpunkte der Reihe nach ab.

Halbe Million Arbeitslose

Ich habe ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit hin bis zu einer halben Million befürchtet – jetzt stehen wir knapp davor. Wien ist dabei negativer Spitzenreiter. Vom Landeshauptmann des Burgenlands angefangen, über den Sozialminister bis hin zum Arbeiterkammerdirektor Muhm, alle SPÖ, fordern Beschränkungen für ausländische Arbeitskräfte, neuerdings sogar aus EU-Staaten. Sind die jetzt auch alle „rückwärtsgewandte Nationalisten und Fremdenfeinde“?

Die Schulmisere ist unübersehbar schlimmer geworden und die Abschaffung der Noten wird auch keine Lösung bringen, im Gegenteil. Sie hat höchstens kosmetischen Wert, die Missstände werden überschminkt. Und in Wien werden jetzt eigene Schulklassen für Zuwanderer geschaffen – auch einmal die verteufelte Idee der Freiheitlichen. „Nur ein Provisorium“ versuchen die Zuständigen zu beruhigen. Wie das mit den Provisorien ist, kennt der gelernte Wiener.

Zaun oder Türl mit Flügerln

Ich habe ausdrücklich vor den zu durchlässigen Schengen-Grenzen gewarnt. Noch am Jahresbeginn gab es die lächerliche Debatte um Zaun und „Türl mit Flügerln“ und Obergrenzen, wenige Wochen später verkündeten Kanzler und Innenministerin einen 180 Grad Schwenk bei der Grenzsicherung. Der Stacheldraht ist gezogen und sogar eine Verlängerung des Wehrdienstes steht zur Debatte.

Aber noch immer wollen uns manche von der Notwendigkeit der Zuwanderung ins Arbeitssystem überzeugen. „Der durchschnittliche Zuwanderer von heute ist gebildeter als der durchschnittliche Österreicher“ – so unser jugendlich forscher Außen-

minister. Jetzt vertritt er FPÖ Positionen und gesteht öffentlich, dass die Politik der unkontrollierten Grenzen ein schwerer Fehler war. Klar ist jedenfalls, dass Österreich, einschließlich den Bundesländern, daraus enorme Kosten entstehen. Sie liegen weit über der Milliardengröße, ohne die weiteren Zuwächse aus 2016! Nicht eingerechnet werden dabei meist auch die Kosten im Gesundheitswesen, die zu Lasten unserer Beitragszahler ausgeweitet werden, oder Wohnungen, die nicht an eigene Bürger gehen und dadurch die Preise hinauf treiben.

„Wir brauchen die Zuwanderung zur Sicherung unserer Renten,“ wird argumentiert. Allerdings werden alle „Neubürger“ über 35, wenn sie überhaupt einen Arbeitsplatz erhalten, vermutlich wegen der fehlenden Sprachkenntnisse erst in drei bis vier Jahren Beiträge leisten. Und dann müssten sie ununterbrochen etwa bis zum 70. Lebensjahr berufstätig sein, um eine adäquate Gegenleistung für die verursachten Kosten und ihre eigene Rentenvorsorge zu erarbeiten. Nicht eingerechnet sind dabei die Kosten für Familienangehörige.

Willkommenskultur unrealistisch, Massenquartiere keine Lösung

Wer in die Bevölkerung hinein hört, und die äußert ihren Unmut, ja ihre Wut – nicht gegen die Flüchtlinge, sondern gegen die Politiker - inzwischen ziemlich lautstark, kann auch an der durch die Zuwanderung noch schwieriger gewordenen Sicherheitssituation in der Stadt nicht vorübergehen. Ein besonderes Problem stellen dabei die Massenquartiere dar. Das wird sogar schon in Teilen der Regierungspartei erkannt. Von der „voreiligen Kritik“ an der Obergrenze bzw. am Richtwert der drei roten Stadträtinnen Sonja Wehsely, Renate Brauner und Sandra Frauenberger halten Ruth Becher von der mächtigen Donaustadt-Fraktion

und der Simmeringer Parteichef Harald Troch wenig. Ganz im Gegenteil. „Politiker sollten offen und ehrlich sprechen“, so Troch zur „Krone“. „Es geht natürlich um Obergrenzen. Ich halte nichts von diesem Eiertanz um Begriffe. Es muss gehandelt werden, die Bevölkerung erwartet sich eine ehrliche und realistische Flüchtlingspolitik. Und von Massenquartieren, wie sie in Floridsdorf und Liesing entstehen, hält er nichts: Das ist kein guter Weg. Solche Unterkünfte sind unzumutbar für Anrainer, die Schulen sowie Kindergärten in der Nähe. Sein Fazit: „Die Willkommenskultur ist unrealistisch. Unter anderem aus finanziellen und Integrationsgründen sowie aus kulturellen (!)“. Auf Einsicht darf man zumindest hoffen?

Bürger wollen mitbestimmen

Die Stimmung in den von uns beantragten Bürgerversammlungen ist eindeutig und zeigt die Verbitterung der Betroffenen, über die einfach drübergefahren wird. Es geht nicht um Mitsprache, bestenfalls um gefilterte Information, nachdem man das Wahlvolk vor vollendete Tatsachen gestellt hat.

Dazu kommt die Angst vor einem gewalttätigen Islamismus und vor Übergriffen auf Frauen und Kinder. Wenn die Verantwortlichen eine weitere Eskalation vermeiden wollen, müssen sie umgehend die Grenzen dicht machen. Das Boot ist voll!

Neuerdings folgt ganz plötzlich auch die Finanzstadträtin Brauner unserer Aufforderung, endlich die gefährlichen Frankenkredite umzuschulden. In Griechenland bahnt sich nämlich ein neues Budgetdesaster an und wir werden wieder zahlen und bürgen müssen.

Alle diese und noch viele andere Fragen, wie der drohende Beschluss des TTIP-Abkommens, wären es Wert im Ausschuss diskutiert zu werden, drängende Probleme auf allen Politikfeldern. Dafür werden wir mit zwei Tagesordnungspunkten abgespeist, die die Annahmen von nebensächlichen Kurzberichten empfehlen. Uns Freiheitlichen wird vorgeworfen, Europagegner zu sein, während die Stadtregierung selbst versucht, das Thema wegen seiner Brisanz, möglichst nicht zu diskutieren. Übrigens: Europa ist nicht nur die EU.



Europapolitik neu denken



Mag. Manfred Juraczka
Klubobmann der ÖVP Wien

Europa steht durch die weltweiten Flüchtlingsströme vor seiner größten Herausforderung seit Ende des Zweiten Weltkrieges und seit Gründung der Europäischen Union. Wenn wir das „Gemeinsame Projekt Europa“ erhalten und für die Zukunft bewahren wollen, dann müssen wir jetzt handeln. Die Europäische Union muss im Jahr 2016 ihre Lösungskompetenz unter Beweis stellen, sonst setzt sich ein Prozess in Gange, der letztendlich sogar das Ende des europäischen Gedankens und die Rückkehr zu ausschließlich nationalstaatlichem Denken bedeuten könnte. Für uns als ÖVP Wien ist klar: wir sind Europa, aber wir müssen Europa neu denken.

Die weltweiten Flüchtlingsströme im Gefolge kriegsrischer Auseinandersetzungen in Syrien und in Afghanistan waren und sind das beherrschende Thema in Österreich wie auch in Wien. Europäische Politik ist damit integraler Bestandteil kommunaler Politik geworden oder anders gesagt, es gibt kaum ein Politikfeld in dieser Stadt, das nicht von gesamteuropäischen Entwicklungen beeinflusst und überlagert wird.

Österreich zählt neben Schweden und Deutschland zu den am stärksten von den Flüchtlingsströmen betroffenen EU-Mitgliedsstaaten und ist Zielland zig-tausender Asylwerber. Während bis zum Jahr 2013 deutlich unter 20.000 Asylanträge pro Jahr gestellt wurden, waren es 2014 rund 28.000 und vergangenes Jahr mehr als 90.000, wobei der größte Anteil dabei auf Wien entfallen ist.

Der Asylgipfel am 20. Jänner 2016, auf dem die gemeinsame Vorgangsweise zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden festgelegt wurde, hat diesbezüglich eine Weichenstellung gebracht und ein klares Signal gesetzt: Österreichs Kapazitäten bei der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration sind begrenzt, es gibt eine faktische Kapazitätsobergrenze der Belastbarkeit der österreichischen Systeme.

Aus Sicht der ÖVP mussten wir die Flüchtlingsströme und die Migration nach Österreich vernünftig und nachhaltig reduzieren und wirksam regeln:

- damit wir jenen, die Hilfe brauchen, auch künftig helfen können,
- damit Integration und damit die Pflicht, sich in unsere Rechts- und Werteordnung einzugliedern, sichergestellt wird und

- damit der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Frieden auch weiterhin gewährleistet bleiben.

Es ist erfreulich, dass die Europäische Union letztlich dem Kurs der österreichischen Bundesregierung gefolgt ist, Mitte März 2016 wurde die Balkanroute geschlossen. Das allein ist nicht die Lösung des Problems, aber eine wichtige Etappe in Richtung einer notwendigen Trendumkehr. Der Schlüssel liegt nach wie vor im verstärkten und effektiven Schutz der EU-Außengrenzen und in einer großzügigen, humanitären Unterstützung in den Krisenregionen. Vor allem aber braucht es mehr Tempo von Seiten Europas und internationale Solidarität.

Nur wenn wir diese globale Herausforderung meistern, schaffen wir es, Schritt für Schritt wieder ein „Wir sind Europa“-Gefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erzeugen. Viele Errungenschaften der Europäischen Union, von der Reisefreiheit, dem Binnenmarkt bis hin zur gemeinsamen Währung stehen auf der Kippe, gleichzeitig hat das (positive) Image des gesamteuropäischen Projekts gerade in den letzten Monaten massiv gelitten. Brüssel steht heute für zu viele Menschen nicht als Symbol für Freiheit, Zusammenhalt und Fortschritt, sondern für Zwang, Bürokratie und Reformverweigerung.

Wir müssen in den zentralen politischen Handlungsfeldern „Europa neu denken“, indem die Wettbewerbsfähigkeit Europas mit Blick auf die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung verbessert sowie das Vertrauen der Bürger zurückgewonnen wird. Europa ist ein Kontinent der Werte und der Menschenwürde, wie es auch in der Grundrechtecharta zum Ausdruck kommt. Die EU muss beweisen, dass sie in der Lage ist, ihre christlichen Werte und ihr Sozialmodell angesichts des globalen Wettbewerbs zu verteidigen und gleichzeitig die demographische Herausforderung zu bewältigen.



Aus Sicht der ÖVP Wien bedeutet das, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts angewandt werden müssen und es keine politisch motivierten Änderungen und Zugeständnisse geben darf. Die Übernahme von Verantwortung heute mit dem Ziel, einen nachhaltigen Haushalt zu erreichen, vermeidet, künftige Generationen mit weiteren Schulden zu belasten. Wir fordern einen EU-Rahmen, mit dem es Unternehmen ermöglicht wird, mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren, denn Innovation bedeutet Zukunft. Der Euro als gemeinsame Währung hat dann eine große Zukunft, wenn sich alle ihrer Verantwortung bewusst werden.

Europa muss endlich ein adäquates Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) schaffen, Finanzmittel müssen wachstumsbezogen eingesetzt werden. Echte Arbeitsplätze werden von Unternehmen geschaffen, nicht von Sozialprogrammen. KMU

sind dabei von zentraler Bedeutung, da sie für zwei Drittel der Arbeitsplätze in Europa verantwortlich sind. Finanzielle Anreize für KMU zu Beginn ihrer Wachstumsphase führen unmittelbar zu neuen Arbeitsplätzen vor Ort. Darüber hinaus sind Investitionen in die Bildung entscheidend, wenn wir jungen Europäern eine bessere Perspektive bieten und eine dynamischere, innovativere und wettbewerbsfähigere Wirtschaft aufbauen wollen.

Europa ist mit einer der größten Herausforderungen in seiner Geschichte konfrontiert, das „europäische (Gesellschafts-)Modell“ steht auf dem Prüfstand. Das soll uns aber nicht mutlos machen, im Gegenteil. Wir wollen Europa verändern, wir müssen Europa verbessern. Die EU muss für ihre Bürger wieder eine politische Heimat sein und darf nicht als bürokratischer Bedrohung empfunden werden. Oder mit den Worten von Roland Dumas: „Europa ist die Zukunft, jede andere Politik Vergangenheit“.